

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 99. Ratssitzung vom 20. April 2016

1829. 2016/49 Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 25.02.2016: Kostenwahrheit im städtischen Asylwesen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1674/2016): *Wer die Deutungshoheit über die Sprache besitzt, übt grosse Macht aus. Die linken Politiker und die Gutmenschen verwenden die Begrifflichkeiten absichtlich falsch, um von den gravierenden Missständen abzulenken. Die Sozialimmigranten und die Illegalen werden ständig als Flüchtlinge bezeichnet. Echte Flüchtlinge sind Menschen, die direkt an Leib und Leben bedroht sind. Wer über ein sicheres Drittland einreist, den Militärdienst verweigert oder lediglich vom Sozialstaat profitieren will, ist gemäss Schweizer Recht kein Flüchtling. Diesbezüglich muss Klarheit geschaffen werden, bevor der Sozialstaat dauerhaft geschädigt wird. Die Kosten, die das Chaos direkt und indirekt verursacht, müssen offengelegt werden. Beim Asylwesen fliessen Geldströme auf unterschiedlichen Ebenen. Diese Geldströme können nicht zu einem Betrag zusammengefasst werden. Der Bundesrat hat gesagt, man müsse sich bei der föderalistischen Struktur von unten nach oben bezüglich der Kosten durchfragen. Wir fordern die Stadt auf, alle Kosten von Asylbewerbern und ehemaligen Asylbewerbern und Sans Papier zusammenzufassen, die in irgendeinem Bereich auftreten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Vor einigen Wochen hat das Staatssekretariat für Migration die Resultate für den Testbetrieb im Asylwesen kommuniziert. Eine Partei ging selektiv mit den Informationen um und trägt die Informationen, die ihr in ihr Weltbild passen, ständig weiter. Gleichzeitig werden die Informationen, die nicht genehm sind, als Staatspropaganda verunglimpft. Egal, was berechnet und publiziert wird, die SVP fühlt sich in ihren Vorurteilen bestätigt. Gefordert wird, jeden Faktor in die Berechnung einzubeziehen. Dies ist nicht sinnvoll. Wir wissen es nicht. Die unterschiedlichen Kosten gehören zur staatlichen Aufgabe. Es ist nicht sinnvoll, mit hypothetischen Zahlen zu rechnen. Der Bereich verursacht Kosten. Es ist kein Renditeobjekt. Es ist Teil unserer humanitären Tradition und Aufgabe. Wir werden die Kosten langfristig minimieren, wenn wir die richtigen Investitionen tätigen. Wir müssen diese Menschen in unsere Gesellschaft integrieren.*

Weitere Wortmeldungen:

Markus Baumann (GLP): *Was soll mit diesen Zahlen gemacht werden? Es ist konzeptlos, sie einfach dem Stadt- und Gemeinderat um die Ohren zu schlagen. Dies ist keine*

seriöse Politik. Diverse Fragen wurden bereits auf Gemeinde- und Bundesebene beantwortet. Es ist sinnvoller über Lösungen zu den steigenden Sozialkosten zu debattieren. Es ist offensichtlich, dass die Sozialkosten steigen werden. Die Migration hat zugenommen. Dafür brauche ich keine Zahlen, sondern Lösungsansätze. Wir müssen die Kosten senken und den Menschen eine Zukunft aufzeigen. Darum möchte ich einige Vorschläge vorbringen. Auf Gemeindeebene ist die Handlungsfähigkeit limitiert. Schnellstmögliche Integration in den Arbeitsmarkt bietet finanzielle Unabhängigkeit. Eine Anlaufstelle soll in der Stadt für das lokale Gewerbe geschaffen werden. Die bürokratischen Hürden müssen abgebaut werden. Wir müssen akzeptieren, dass die Menschen da sind – unabhängig vom juristischen Entscheid. Wir müssen den Integrationsprozess so früh wie möglich anstossen. Eigenverantwortung und finanzielle Unabhängigkeit müssen angestrebt werden. Dies sagen auch die bürgerlichen Parteien. Die ausgebildeten Fachkräfte müssen schnellstmöglich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Dies würde den Fachkräftemangel beruhigen und es müssten weniger Personen aus dem benachbarten Ausland angestellt werden. Dies würde die Kosten reduzieren.

Dr. Urs Egger (FDP): *Es geht darum, Licht ins Dunkel zu bringen. Die Suche nach Kostenwahrheit ist sinnvoll. Es gibt natürlich auch Kosten, die durch die Wahrheitssuche entstehen. Ich habe mir die Aufstellung angeschaut und überlegt, wie ich diese Aufgabe umsetzen würde. Bei genauerer Betrachtung gibt es verschiedene Gruppierungen, die an die Gesamtkosten beitragen. Ein Teil ist statistisch erfasst. Die Sans Papier sind statistisch leider nicht erfasst. Wenn es darum geht, Personen, die nicht aufgefunden werden können, in eine Analyse zu integrieren, müsste man diese einzeln interviewen. Die FDP ist für Kostenwahrheit. Deshalb möchte ich den Postulanten mit einem Verbesserungsvorschlag helfen, damit wir die notwendigen Daten beschaffen können. Deshalb schlage ich eine Textänderung vor.*

Stefan Urech (SVP): *Stadtrat Raphael Golta sagt, dass ihm unsere Berichterstattung über die Berichte nicht passt, weshalb lieber kein Bericht erstellt werde. Das Postulat wird als provokativ bezeichnet und es soll angeblich Angst schüren. Wir möchten nur wissen, wie viel das Asylwesen kostet.*

Roger Liebi (SVP): *Es ist nachgewiesen, dass ein Drittel der Personen aus dem Testzentrum Juch abreist, beziehungsweise untertaucht. Man geht davon aus, dass diese Personen verschwinden, weil ihnen rasch gesagt wird, ihr Asylverfahren habe keine Chance. Sie werden nicht daran gehindert. Stadtrat Raphael Golta bezeichnet dies als Polemik. Diese Zahlen sind Fakten. Wir müssen diese Zahlen nennen können. Die «Zeit» in Deutschland schreibt im Dezember 2015 zu den Fachkräften, dass zwei Drittel der Flüchtlinge kaum lesen und schreiben können. Viele Flüchtlinge hätten eine miserable Schulbildung, lediglich 10 % seien Akademiker. Es ist schleierhaft, wie behauptet werden kann, dies seien Fachkräfte. Diejenigen, die gebildet sind, können tatsächlich integriert werden. Es erstaunt nicht, dass die Bevölkerung entsprechend reagiert. Zu sagen, dass diese Personen alle arbeiten sollen, ist problematisch, solange man die Konsequenzen nicht kennt.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Es ist interessant, dass die SVP immer wieder solche Vorstösse vorbringt und sich gleichzeitig rühmt, die Schweizer Traditionen und Normen hochzuhalten. Die Schweiz hat eine grosse humanitäre Tradition. Wenn man sich anschaut, wie viele Personen die Schweiz aufnimmt, ist der Prozentsatz deutlich tiefer als bei den ärmsten Ländern, die sich die Aufnahme eigentlich gar nicht leisten können. Die Schweiz war vor knapp einem Jahrhundert eines der ärmsten Länder und der Bundesrat forderte die Leute auf, auszuwandern. Es ist zentral, verfolgte Menschen aufzunehmen. Diejenigen, die Asyl bekommen, sind tatsächlich Personen, die an Leib und Leben bedroht sind. Eine anständige Behandlung und Betreuung ist zentral. Schule, Gesundheit und Soziales sowie Wohnraum sind wichtig. Wenn man ein Jahr lang nicht arbeiten darf, ist man gezwungen herumzulungern. Es handelt sich also mitnichten um Verschwendung von Steuergeldern. Das Aufdröseln der Zahlen verursacht nur Kosten.

Karin Weyermann (CVP): Die SVP bläht mit diesem Postulat die Verwaltung auf. Der Aufwand für die Umsetzung des Postulats ist gross. Dadurch sind die Kosten hoch. Selbstverständlich unterstützen wir Kostenwahrheit. Wir wollen die Kosten offenlegen, dies muss jedoch in einem machbaren Rahmen erfolgen. Deshalb finden wir die Textänderung der FDP gut.

Martin Luchsinger (GLP): Diese Angstmacherei unter dem Deckmantel der Kostenwahrheit ist scheinheilig. Ich weiss, wie die Kostenwahrheit aussieht. Die Kostenwahrheit wird der SVP zu tief sein, sie wird Gegenbeispiele suchen. Die Schweiz hat mehrere Zuwanderungswellen erlebt und ihr ist es im Vergleich mit dem Umland sehr gut ergangen. Wir haben unsere Freiheit, die Möglichkeit für eine offene Wirtschaft. Es geht um die Möglichkeit für wirkliche Integration. Hier gibt es Hindernisse. Die GLP kann dieses Postulat nicht unterstützen. Wenn diese Rückwärtsgewandtheit als Bürgertum definiert wird, haben die Bürgerlichen ihre Wurzeln verloren. Wir teilen diese Angstvision nicht. Auch Menschen mit geringer Ausbildung sind integrierbar in eine wachsende Wirtschaft. Die bürgerlichen Parteien behindern mit solchen Vorstössen das Wirtschaftswachstum.

Samuel Balsiger (SVP): Ich möchte zunächst auf das Votum von Stadtrat Raphael Golta eingehen. Er warf uns vor, mit dem Evaluationsbericht zum Testzentrum Juch Propaganda zu betreiben. Der Evaluationsbericht ist Propaganda. Eine Evaluation ist eine sach- und fachgerechte Bewertung. Diese soll die Realität abbilden. Im Testbetrieb stammen 22 % der Personen aus Eritrea, im Regelbetrieb 37 %. Die anscheinend stattgefundenene Evaluation ist somit Propaganda. Die GLP meinte, es handle sich bei diesen Personen um Fachkräfte. Wenn man beachtet, dass ein Grossteil der in das Sozialwesen einwandernden Personen aus Eritrea stammt und die Sozialhilfeszahlen anschaut, stellt man fest, dass über 90 % dieser Personen von der Sozialhilfe abhängig sind. Dies sind keine Fachkräfte. Kritikern wird vorgeworfen, es werde Angst geschürt. Angst wird dadurch geschürt, indem den Kritikern vorgeworfen wird, nicht mit der Realität zu hantieren. Man hat Angst, dass die Zahlen gegen die Einwanderung sprechen. Würde man das Postulat umsetzen und erkennen, dass das Asylwesen hohe Kosten verursacht, käme es in der Bevölkerung zu einer Gegenbewegung. Die Plünderung der Sozialwerke ist nicht humanitär und hat auch nichts mit der Schweizer Tradition zu tun. Die Einwanderung in das Sozialsystem ist Missbrauch der humanitären Tradition. Sans Papiers be-

4 / 4

ziehen staatliche Leistungen. Sie können also erfasst werden. Sie können sich bei der AHV anmelden. Sie können ihre Kinder in die Schule schicken. Selbstverständlich lehnen wir die Textänderung ab. Wir wollen Fakten und Zahlen.

Urs Fehr (SVP): *Ich möchte auf das Votum von Martin Luchsinger (GLP) eingehen. Unsere Partei hat einen Wähleranteil von fast 30 %. Wir greifen die richtigen Themen auf. Wir nehmen die Ängste und Bedürfnisse der Bevölkerung wahr. Wir finden auch für Volksinitiativen Mehrheiten.*

Roger Liebi (SVP): *Die Aussagen zu den Fachkräften sind nicht nachvollziehbar. Ich zitiere nun die Zeitung «die Welt». Die Flüchtlinge könnten nur einen kleinen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels leisten, weil sie die notwendigen Ausbildungen nicht mitbringen. Wir dürfen Differenzen haben. Wir brauchen auch nicht dieselbe Meinung zum Asylwesen. Es sollten jedoch keine Falschaussagen getroffen werden. Katharina Prelicz-Huber (Grüne) möchte die Zahlen nicht ausgewiesen haben, damit wir uns nicht bekräftigt sehen. In der RPK haben wir wiederholt gefragt, wie es beispielsweise beim Zahnambulatorium Kanonengasse aussieht. Diese Kosten sind alle ausgewiesen. Dafür benötigen wir kein Postulat. Dies lässt sich dem Geschäftsbericht oder dem Budget der AOZ entnehmen. Es gibt auch Anlaufstellen für Sans Papiers. Auch dazu gibt es Zahlen.*

Das Postulat wird mit 21 gegen 99 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat